Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 8 (1988)
Heft: 16

Artikel: Regulationstheorie und neue soziale Bewegungen
Autor: Roth, Roland
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652383

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Roland Roth

Regulationstheorie und neue soziale Bewegungen*

Theorien gesellschaftlicher Entwicklung ohne soziale Bewegungen?

Zwischen gesellschaftstheoretischen Entwürfen und sozialen Bewegungen existieren heutzutage eher lockere Verknüpfungen. Während die sozialwissenschaftliche Tradition sozialen Bewegungen durchaus gesellschaftsgestaltende Kraft und damit zentrale Bedeutung zubilligte (Marx' historische Perspektive als eine von Klassenkämpfen oder das Konzept der Veralltäglichung des Charismas in der Herrschaftsanalyse Max Webers — in dieser Tradition steht noch Rudolf Heberles „Politische Soziologie" von 1967), haben sie in den gegenwärtigen soziologischen „Grosstheorien" allenfalls marginalen oder illustrativen Status. Dies gilt z.B. für die Theorieangebote von Habermas und Luhmann.

Der einzige, theoretisch ausgewiesene und empirisch durchgespielte Versuch, soziale Bewegungen (wieder) in das Zentrum der Gesellschaftsanalyse zu plazieren, der von Alain Touraine und seiner Forschungsgruppe (den Touraine 1982 auf dem Soziologietag in Bamberg vorgestellt hat), fand im deutschsprachigen Raum keine nachhaltige Resonanz. Sein Versuch, aktuelle Protestbewegungen auf ihre Potentiale zur Gesellschaftsgestaltung hin zu untersuchen und durch die „soziologische Intervention" zu befördern, hat nicht nur methodische Vorbehalte gegen den „prophetischen" Anspruch intellektueller Praxis genährt. Auch die „mageren" Ergebnisse des grossangelegten Forschungsprogramms in Frankreich scheinen den kritischen Stimmen vorerst Recht zu geben. Touraine sah sich zu entsprechenden Revisionen veranlasst (z.B. in „Le retour de l'acteur", 1984), weil der grosse Gegenspieler der Technokratie, zu dem die heterogenen Protestströmungen zusammenwachsen sollten, ebenso auf sich warten lässt wie die „programmierte" Nachkrisengesellschaft. Liess die Linksregierung Autoren wie Gorz oder Touraine, die auf Bewegungen setzten, im Frankreich der 80er Jahre zu „Propheten ohne Macht" werden (Leggewie 1985), so bleiben die beständigeren und erfolgreicheren westdeutschen sozialen Bewegungen eine „Macht ohne Propheten". Allerdings wachsen auch hier die Erfolge nicht in den Himmel. Die Grünen, die „neue Politik" oder die stillen Postmaterialisten dominieren auch in der Bundesrepublik nicht die politische Szene. Selbst im Land mit dem vielleicht beständigsten Protestmilieu (zum internationalen Vergleich siehe Brand 1985) sind die neuen sozialen Bewegungen — trotz aller Erfolge und Wirkungen im einzelnen — nicht zu einer machtvollen, gesellschaftsgestaltenden Kraft angewachsen. Damit scheint zugleich die Hoffnung, soziale Bewegungen aus ihrer Nischen- und Randexistenz ins Zentrum soziologischer Theorien zu führen, vorerst nachhaltig getrübt.

Dennoch gibt es gute politische und wissenschaftliche Gründe, nach enge-

ren Verknüpfungen zwischen sozialen Bewegungen und gesellschaftlicher Bewegung zu suchen. Erst solche Anstrengungen machen die Rede von *sozialer* Bewegung — im Unterschied zu Protest, interest group politics, kollektiver Episode — sinnvoll. Schon die Definition setzt das Anspruchsniveau. Selbst in der bescheidensten Variante ist von sozialen Bewegungen, im Unterschied zu anderen kollektiven Akteuren, erst dann die Rede, wenn es um das Ziel geht, „grundlegenderen sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen" (Raschke 1987, 21).

Der wissenschaftlichen Messlatte entspricht auch der Tenor der Bewegungsdiskurse. Sie beziehen sich selbst auf rasche gesellschaftliche Veränderungen („neue Herausforderungen") und sind mit Vorstellungen über gewünschte oder gefürchtete Gesellschaftsveränderungen gespickt — und sei es in der zurückgenommenen Variante, dass die nachhaltig betriebene Selbstveränderung doch exemplarisch Zeugnis von einer kollektiven Möglichkeit ablegen soll. Konzepte unterschiedlicher Reichweite und unterschiedlicher Radikalität koexistieren meist in einer Bewegung (vom epochalen Zäsurbewusstsein bis zu bescheidenen Korrekturen am Lauf der Dinge). Obwohl der ungeduldige gesellschaftsverändernde Gestus der Ausserparlamentarischen Opposition geschwunden ist, sind auch in den gegenwärtigen neuen sozialen Bewegungen gesellschaftskritische Momente und umfassendere Gegenentwürfe vorhanden. Gerade wenn wir uns ideologiekritisch mit den Bewegungsdiskursen auseinandersetzen, sind wir gehalten, unsere eigenen gesellschaftstheoretischen Annahmen zu explizieren. Auch wo bescheiden zu Konzepten mittlerer Reichweite in der Analyse sozialer Bewegungen gegriffen wird, sind gesellschaftsanalytische Anschlüsse gefordert, denn die gesellschaftstheoretischen Hintergrundannahmen sind meist keineswegs bescheiden, sondern häufig nur nicht weiter ausgeführt.

Populäre Beispiele sind Konzepte wie das des Wertewandels, der „neuen Politik", des Paradigmas „Lebensweise", der Klassenbildungsprozesse der neuen Mittelklassen, die sich meist auf die eine oder andere Version der Postindustrialismus-These beziehen. Das heisst, sie enthalten implizit Annahmen über das Schicksal der „alten„ Politik, der Verteilungsprobleme, der übrigen Klassen; zumindest würde sich erst durch deren Einbezug das Bild der neuen Akteure vervollständigen. Die Entwürfe gleichen daher oft Genrebildern oder Schlachtgemälden, wo die neuen Helden und Heldinnen gut ausgeleuchtet sind, ein Grossteil der übrigen Akteure fehlt und die Landschaft, das Feld, auf dem sie aufeinandertreffen, im Nebel liegt. Auch die auf den ersten Blick bescheideneren Konzepte mittlerer Reichweite sind alle mit gesellschaftlicher Dynamik und Veränderung angefüllt.

Das Plädoyer für eine gesellschaftstheoretische Debatte über neue soziale Bewegungen hat auch eine politische bzw. wissenschaftspolitische Dimension. Über das Verhältnis von Gesellschaftstheorien und neuen sozialen Bewegungen existieren höchst unterschiedliche Annahmen. Zum einen wird die Definitionsmacht der Sozialwissenschaften betont, die nicht nur den Begriff „neue soziale Bewegungen" geliefert haben, sondern z.T. verdächtigt werden, das Phänomen selbst erfunden zu haben (Stöss 1984). Zum anderen

wird vom „gerissenen Band" zwischen den Akteuren und den theoretischen Deutungen gesprochen (Evers/Szankay 1981) und dabei der Verlust jener engen Verknüpfung beklagt, die — zumindest nach gängiger Vorstellung — noch zwischen Arbeiterbewegung und Marxismus bestand. Da wird das Bild von weitgehend theoriefeindlichen, lebensweltlich und identitätsbezogenen Bewegungsakteuren stilisiert, die von Angstkommunikation, Moralisierung und medial vermittelten Betroffenheitskonjunkturen umhergetrieben werden; gleichzeitig gibt es kaum mehr einen Wissenschaftsbereich, in den nicht das alternative Bewegungsgift vorgedrungen ist. Dies gilt z.B. für die vielbeachtete Arbeit von Ulrich Beck. Seine „Risikogesellschaft" (1986) liest sich wie ein Kursbuch der Bewegungsdebatten, die neuen sozialen Bewegungen haben den „heimlichen Lehrplan" für den Autor geschrieben. Sie selbst werden jedoch nur am Rande zum Thema.

Das Theorieprogramm der Regulationsschule

Im Juni dieses Jahres fand in Barcelona eine erste grosse internationale Konferenz zur Regulationstheorie statt. Der starke Andrang und die breite internationale Beteiligung verdeutlichen, dass die Arbeiten der französischen „Regulationsschule" längst kein Geheimtip mehr sind, sondern beachtliche Resonanz gefunden haben — und dies weit über die ökonomischen, arbeitsmarkt- und industriesoziologischen Kernbereiche hinaus. Die Attraktion ist verständlich, versprechen doch die französischen Autoren eine Theorie kapitalistischer Entwicklung, die den Horizont für Gesellschaftsformationen *nach* dem Spätkapitalismus, dem staatsmonopolistischen Kapitalismus etc. freigibt, ohne dabei von einem Bedeutungsschwund gesellschaftlicher Produktion auszugehen (Kultur-, Kommunikationsgesellschaft etc.). Es geht um ein Phasenkonzept kapitalistischer Entwicklung, das nicht technisch oder strikt ökonomisch (etwa definiert über „lange Wellen", Basisinnovationen oder Marktformen) überdeterminiert sein soll. Gesellschaftliche Institutionen, soziale Bewegungen und politische Auseinandersetzungen sollen zu ihrem Recht kommen, indem das theoretische Konzept und historische Analysen in einem prinzipiell unabgeschlossenen Prozess miteinander zu vermitteln sind (so der Anspruch in Agliettas bahnbrechender USA-Studie 1976, 15ff, kritisch Davis 1979).

Die Arbeiten der französischen „Regulationsschule" treten uns heute vor allem mit einem ausgefeilten Begriffsapparat entgegen (Agliettas historisch anspruchsvolle Länderstudie hat keine Nachfolge gefunden), dessen Grundbegriffe ich kurz vorstellen möchte (im Anschluss an Lipietz 1985, Boyer 1986, Begriffskritik u.a. von Becker 1988, Jessop 1988).

Mit *Akkumulationsregimes* werden Phasen relativ stabilen Wachstums bezeichnet, die auf einer Kohärenz von Produktions- und Konsumnormen, von ökonomischen und nicht-ökonomischen Institutionen beruhen. „Das Akkumulationsregime ist ein Modus der systematischen Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der

Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauchs (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben usw.) herstellt" (Lipietz 1985, 120). *Regulationsweise* bezeichnet „die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus" (Lipietz 1985, 121). Allgemein meint „*Regulation* eines sozialen Verhältnisses die Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert" (Lipietz 1985, 109).

Begriffsstrategisch liegt also das Interesse der französischen Autoren in ihren Beiträgen zur Analyse von Krisen- und Prosperitätsphasen kapitalistischer Gesellschaften auf einer mittleren, institutionellen Ebene zwischen Mikro- und Makrobetrachtung, weil spezifische Akkumulationsregimes mit unterschiedlichen Ensembles von Regulationsformen einhergehen, die gleichwohl ihren institutionellen Beitrag zur Stabilität des Akkumulationsregimes zu erbringen haben (bzw. als Krisenfaktoren verfehlen können).

Analytisch fruchtbar werden diese Grobbegriffe erst durch ihre Feingliederung, die hier nur angedeutet werden soll (ausführlich Boyer 1986, dazu kritische Anmerkungen von Lipietz 1987). So lassen sich u.a. folgende Dimensionen eines Akkumulationsregimes unterscheiden:

- Typus der Produktionsorganisation, Stellung der Lohnabhängigen im Produktionsprozess,
- zeitlicher Horizont der Kapitalbildung und der Kapitalverwertung,
- Aufteilung des Wertprodukts (Löhne, Profite, Steuern etc.),
- Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage in Relation zu den verschiedenen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion,
- Verknüpfung mit nichtkapitalistischen Sektoren und mit dem internationalen Regime.

Ähnliche Differenzierungen sind auch bei der Analyse der Regulationsformen notwendig, die sich vor allem auf das Lohnverhältnis, das Geldverhältnis, die Konkurrenzformen und die Einbindung in das internationale Regime erstrecken. Allein für die Regulation des Lohnverhältnisses ist die Betrachtung folgender Aspekte relevant:

- Typus der Produktionsmittel,
- Form der technischen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung,
- Organisation des Produktionsprozesses, Mobilität der Beschäftigten,
- Bestimmungsfaktoren direkter und indirekter Lohnanteile,
- Lebensweise der Lohnabhängigen, Grad der Warenförmigkeit der Reproduktion der Arbeitskraft.

Der Begriffsapparat selbst, aber auch die damit bislang durchgeführten Länderstudien und internationalen Vergleiche (eine Literaturübersicht gibt Boyer 1986) zeigen einerseits einen deutlich ökonomischen Schwerpunkt in

der Analyse von Gesellschaftsformationen, andererseits bieten sie eine breite Palette von sozialwissenschaftlichen Anschlussmöglichkeiten. Für unseren Kontext sind vor allem die näheren Bestimmungen der Prosperitätskonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg interessant, die mit dem Begriff „Fordismus" verbunden ist (der Begriff und die politische Auseinandersetzung um das Konzept finden sich bereits in der Zwischenkriegszeit). Über gravierende nationale Differenzen hinweg lassen sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern u.a. folgende gemeinsame Merkmale identifizieren:

- eine dichte Verknüpfung von Massenproduktion und Massenkonsum (Kern des Fordschen „Projekts"),
- die Taylorisierung der Arbeitsprozesse führt zum Anwachsen einer service class,
- Verallgemeinerung von Lohnarbeit durch die Überwindung von dualökonomischen Strukturen, d.h. Lohn wird zur hauptsächlichen Reproduktionsquelle,
- Tarifverhandlungen entlang von Produktivitätszuwächsen (Abteilung I und II stärken sich wechselseitig),
- oligopolistische Märkte ermöglichen eine Hochpreisstrategie,
- sozialstaatliche Sicherungssysteme und die Ausdehnung von Konsumentenkrediten,
- Elemente einer keynesianischen Nachfragepolitik sorgen für stabilisierende Rückkoppelungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene,
- im Reproduktionsbereich wird die Kleinfamilie zur Norm, traditionelle Versorgungs- und Solidarstrukturen verlieren an Bedeutung,
- auf räumlicher Ebene entspricht der neuen Produktions- und Konsumnorm der Trend zur Suburbanisierung, zum städtebaulichen Funktionalismus, zum Primat des Individualverkehrs.

Unabhängig von den auch innerhalb der „Regulationsschule" strittigen theoretischen Begründungen, wird davon ausgegangen, dass sich das unter US-Hegemonie auf dem Weltmarkt etablierte „fordistische" Akkumulationsregime seit Mitte der 70er Jahre in einer Krise befindet, die ohne einen Umbau in zentralen Dimensionen und entsprechende neue Regulationsformen nicht in eine neue Prosperitätskonstellation münden kann. Die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten zwanzig Jahre sind von dieser Fordismuskrise und den verschiedenen Versuchen geprägt, zu neuen Ufern zu gelangen, wobei die Konturen des „Post-Fordismus" umkämpft und allenfalls in Umrissen zu erkennen sind.

Im Zentrum der Krisendiagnose steht dabei ein verlangsamter Produktivitätszuwachs, der auf der Erschöpfung der Produktivitätsressourcen der fordistisch/tayloristischen Arbeitsorganisation beruht. Technische Grenzen (Rigiditäten der Massenproduktion), soziale Grenzen (Marktsättigung, inverse Effekte), wachsende Folgekosten und ihre Politisierung (Ressourcen, Ökologie), moralischer Verschleiss der Produktivitätsnorm (Arbeiterwiderstand gegen eine weitere Vertiefung der Arbeitsteilung oder Verdichtung der Arbeit) sind einige der ins Spiel gebrachten Faktoren. Hinzu kommt,

dass bei nachlassendem Wachstum die „fordistischen" Regulationsformen (produktivitätsorientierter Lohnzuwachs, sozialstaatliche Sicherungen etc.) dysfunktional werden bzw. zur Disposition stehen.

Ein Schwergewicht der Regulationsdebatte liegt gegenwärtig in der Auseinandersetzung mit den Konturen eines neuen Akkumulationsregimes und dessen Regulationsformen. Betriebliche Experimente und „Auswege", wie „flexible Spezialisierung", „neue Produktionskonzepte", „Automatisierung", „Rundumnutzung" der Arbeitskräfte, management by commitment (Leborgne/Lipietz unterscheiden z.B. im internationalen Vergleich acht Varianten — 1987), werden auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit und ihre gesamtwirtschaftlichen Effekte untersucht, Flexibilisierungsprozesse in den verschiedenen Bereichen (Normalarbeitsverhältnis, Arbeitskräfteeinsatz, Arbeitszeiten, Produktionsabläufe etc.) durchleuchtet. Ihre Phantasien entzünden sich also weniger an den Segnungen und Gefahren der „neuen Technologien", sondern sie richten den Blick auf mögliche Regulationsformen, die die flexibleren Produktionsstrukturen mit entsprechenden Lohnverhältnissen, Konsummuster, sozialstaatlichen Regulierungen etc. kompatibel gestalten und in eine gewünschte Richtung verändern könnten.

Auf den ersten Blick hat das Theorieprogramm der „Regulationsschule" wenig zur Debatte über die neuen sozialen Bewegungen beizutragen. Schon der Begriffsapparat präsentiert sich wenig bewegungsfreundlich: Akkumulationsregime, Regulationsweisen, Kohärenz, Artikulation etc. Das vorrangige Interesse der Regulationisten zielt auf die Rekonstruktion relativ stabiler Phasen kapitalistischer Entwicklung und auf die Diskussion künftiger Prosperitätskonstellationen und Entwicklungsphasen. Die dabei gefundenen institutionellen Formen (z.B. Lohnformen, Geldformen, Formen der Konkurrenz) und nicht die sozialbewegten Suchphasen stehen im Mittelpunkt der Analysen — ein Theorieprogramm mit deutlich institutionalistischem Zuschnitt also, mit vergleichsweise bewegungsfeindlicher Sichtweise.

Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn wir uns jenes Akkumulationsregime, sein technisch-industrielles Paradigma und seine gesellschaftlichen Regulationsweisen anschauen, das bislang wohl am gründlichsten analytisch durchgespielt und historisch rekonstruiert wurde: den „Fordismus" als dominante Prosperitätskonstellation des Nachkriegskapitalismus. Hier wimmelt es von institutionalisierten Kompromissen, korporatistischen Blockbildungen, Verrechtlichungen und Verriegelungen bis in das Lohnarbeitsverhältnis hinein. Vor allem das „goldene Zeitalter" des Fordismus erscheint als institutionelles perpetuum mobile — man betrachte nur einmal die eindrucksvollen Schaubilder bei Boyer (z.B. 1987, 136) und deren ökonometrische Bearbeitung (Boyer et al. 1987).

Akkumulationsdynamik und widersprüchliche Interessen bilden allenfalls den Antrieb für jene Gesellschaftsmaschinen, wie sie E.P. Thompson in seiner Althusser-Kritik (1980) karikiert hat. Nun könnten wir hier abbrechen, gäbe es nicht andere Facetten des Regulationsansatzes. Drei verdienen es, besonders hervorgehoben zu werden.

a. Erweiterung des politökonomischen Horizonts

Im Kontrast zur neueren politökonomischen Debatte und ihren ökonomistischen Verengungen bezieht das Konzept der Regulationsweisen intermediäre gesellschaftliche Ebenen (von den Familien- und Wohnformen bis zu individuellen Wertorientierungen) dem Anspruch nach in die Kohärenzanalyse von kapitalistischen Entwicklungsphasen ein und bietet damit zahlreiche gesellschaftswissenschaftliche Anschlussmöglichkeiten. Dies gilt auch für die Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen. In Agliettas „schulenbildender" Analyse der Entwicklungsphasen des US-Kapitalismus (1976) tauchen sie nicht nur am Rande auf: der Arbeiterwiderstand gegen Taylorismus, aber auch proaktive Bewegungen wie das „Progressive movement" werden für die Frühgeschichte des Fordismus zur Geltung gebracht, für seine Krise erscheint der Arbeiterwiderstand gegen eine weitere Vertiefung der Arbeitsteilung (Profitbeschränkungs-Argumentation) von zentraler Bedeutung.

b. Tradition des nicht-deterministischen Marxismus

Das Programm der „Regulationsschule" versucht in synchroner und diachroner Hinsicht die Fallstricke geschichtsphilosophischer Setzungen zu vermeiden (Lipietz 1986).

Synchron: Konkrete Gesellschaften sind durch die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Produktionsweisen gekennzeichnet. Phasenkennzeichnungen markieren lediglich die dominierende Produktionsweise, wobei den zugleich existierenden anderen Produktionsweisen eine relative Autonomie zukommt und die Form ihrer Unterwerfung bzw. Verknüpfung unterschiedlich sein kann (z.B. der Hausarbeit). Auch die Regulationsweisen — von den verschiedenen Ebenen des Lohnverhältnisses bis zur Einbindung in den Weltmarkt — sind nicht in eindeutiger Weise bestimmt oder nur in einer Variante aufeinander bezogen (vgl. die unterschiedlichen Formen sozialstaatlicher Sicherung und indirekter Lohnanteile im „Fordismus"). Der „Fordismus" sieht daher in jedem Land anders aus.

Diachron: Die Rekonstruktion historischer Phasen des Kapitalismus zielt nicht auf die Formulierung eines Stadiengesetzes in der Abfolge historischer Kapitalismusformen. Vielmehr soll gerade die Bedeutung nationaler Traditionen und deren Nutzung und Neubestimmung in veränderten Akkumulationsregimes im Zentrum der Analyse stehen, um für die möglichen Varianzen eines Grundmusters zu sensibilisieren. Schliesslich betonen die Autoren der „Regulationsschule" den offenen Charakter der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die „nachfordistische" Gesellschaft. Die Wege aus der Krise sind Produkte sozialer Kämpfe und politischer Konzepte. Es existiert kein technologischer Determinismus („neuer Technologien"), der in viele Theorien kapitalistischer Entwicklung eingebaut ist (wie etwa die Schumpeter-Renaissance anzeigt).

c. Entfaltung alternativer Entwicklungswege

Nicht nur retrospektive Aufarbeitung von Gesellschaftsgeschichte, sondern die Diskussion und das Aufzeigen von möglichen Zukunftsperspektiven gehören daher zu den intellektuellen Ambitionen der Regulationisten. Wie die gegebenen materiellen Ressourcen alternativ genutzt, ob und wie die verschiedenen Experimente in Produktion und Reproduktion verallgemeinerbar sein könnten, taucht in ihren Beiträgen als Fragen auf, deren Spektrum von eher technokratisch anmutenden Konzepten (Boyer) bis zu Programmentwürfen für die französischen Grünen reicht (Lipietz). Nicht nur die Restriktionsanalyse, sondern auch die Optionensteigerung wird als theoretische Aufgabe ernstgenommen.

In dieser Bandbreite kommen jedoch auch zentrale Mängel in der vorliegenden Fassung des Regulationskonzepts zum Ausdruck. Im Kontrast zum umfassenden Anspruch gibt es eine technologisch-ökonomische Engführung, die historisch wie aktuell vor allem die Arbeits- und Produktionspolitik ausleuchtet. Je weiter wir uns vom Kern materieller Produktion und der darauf bezogenen Regulationen entfernen, desto vager werden die Angebote. Die Kohärenzanalyse gerät dann umso leichter in die Gefahr des Funktionalismus. Dieser Mangel gilt besonders für das politisch-kulturelle Feld. Hier greifen die marxistischen Autoren der „Schule" auf Gramsci und Poulantzas zurück, ohne sich allzusehr um Vermittlungen zu scheren. Theoretische Konzepte zur Analyse von Genese und Veränderung von gesellschaftlichen und politischen Institutionen, eigentlich ein Kernstück des Regulationskonzepts, können wir im engeren Kreis der Schule bislang kaum entdecken (vgl. die Kritiken von Noel 1987, Hirsch 1988).

Vagheiten finden sich jedoch auch im elaborierten Kernbestand der Regulationsdebatte, etwa in der Analyse der gegenwärtigen Krise. Dafür liegt zwar ein differenziertes Analyseraster vor (Krisen des Akkumulationsregimes, der oder in der Regulation etc), aber in der Bestimmung von Ursachen und Auswegen gibt es doch beachtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Autoren (Hübner 1988). Wir können demnach bislang nicht von der Regulationstheorie als einer ausgearbeiteten, empirisch gehaltvollen Gesellschaftstheorie ausgehen. Je weiter sich die in ihrem Umfeld entstandenen Arbeiten in die Sphäre von Kultur und Politik vorantasten, desto eklektischer fallen die Versuche aus. Bislang ist es offen, ob systematische Anstrengungen innerhalb des Konzepts diese Grenzen überwinden können, oder generelle Vorbehalte gerechtfertigt sind (Hohnkopf 1988 reklamiert die handlungstheoretische Leerstelle, Hirsch 1988 schlägt im Anschluss an Marx und die Kritische Theorie die Erweiterungen durch ein Vergesellschaftungskonzept vor).

Neue soziale Bewegungen — regulationstheoretisch betrachtet

a. relative Autonomie des Bewegungssektors

Um bereits vorab jeden „Ableitungsverdacht" zurückzuweisen, möchte

ich betonen, dass „Selbsterzeugung", d.h. die Ausbildung eines eigenen Bewegungssektors, gerade für die bundesrepublikanische Entwicklung seit der Ausserparlamentarischen Opposition eine zentrale Interpretationsperspektive der neuen sozialen Bewegungen bietet. Sie sind also nicht einfach „Reaktionen" auf die Krisen des „Fordismus." Für die Ausbildung eines relativ eigenständigen Bewegungsbereichs sind auch spezifische Entwicklungen im politischen System und der politischen Kultur der Bundesrepublik massgeblich (d.h. ihre besondere „political opportunity structure" — zum Konzept s. Kriesi 1988), wie z.B. die Ausprägung eines relativ geschlossenen, qua „Basiskonsens" abgedichteten Parteiensystems (seit dem KPD-Verbot von 1956 existierte auf Bundesebene keine protestabsorbierende Linkspartei bis 1980, als mit den GRÜNEN eine entstand), eines stabilen, verrechtlichten Systems industrieller Beziehungen. Die Protestbewegungen der 50er Jahre blieben noch in die strategischen Kalküle und organisatorischen Ressourcen von KPD, SPD und Gewerkschaften eingebunden. Eigene Milieus, alternative Öffentlichkeiten und andere Bewegungseinrichtungen bilden sich in Reaktion — und als Lernprozess — auf die Erfahrungen mit der „Fremdnutzung". In den 80er Jahren steht der Bewegungssektor, verstärkt durch die Auswirkungen der Parteienkonkurrenz, unter identitätsbedrohendem Druck, weil es zu thematischen Öffnungen und selektiven Nutzungsverhältnissen von seiten der „etablierten Politik" gekommen ist. Die Möglichkeit von Bewegungspolitik hängt also auch künftig von der Selbstgestaltungsfähigkeit der Bewegungsmilieus ab (Roth 1988).

Ähnlich verhält es sich mit den individuellen Voraussetzungen von Bewegungspolitik. Das in den USA dominierende Ressourcenkonzept (Zald/McCarthy 1987) hat überzeugend darlegen können, wie abhängig Bewegungen davon sind, dass es ihnen gelingt, Zeit (Engagement), Geld und politische Kompetenzen (Bildung, Wissen etc.) zu mobilisieren. Nun hat die Nachkriegsprosperität zu einer enormen Ressourcensteigerung beigetragen und damit die Chancen für Bewegungspolitik verbessert, ohne diese „notwendig" zu machen.

b. Fordismus — Fordismuskrise — Postfordismus als prägender, aber nicht determinierender Kontext

Wenn wir Protestthemen und -motive auf die regulationstheoretische Beschreibung der Nachkriegsentwicklung beziehen, ergeben sich grob folgende Verknüpfungen:

1. Die Durchsetzung des „Fordismus" bedeutet in der Bundesrepublik das Ende der Arbeiterbewegung als sozialer Bewegung. Dies war nicht nur eine Folge des Nationalsozialismus. Eine wichtige politische Weichenstellung in diese Richtung stellt auch der Verzicht auf den Wiederaufbau eines Arbeiterbewegungsmilieus (Vereinswesen, Alternativkultur etc.) nach 1948 dar (Pirker 1984). Aber auch ohne diese politische Frühgeschichte hätten vermutlich die Einbindung in den „fordistischen" Kompromiss (Tarifvertragssystem, Mitbestimmung etc.) und die damit verknüpfte Anerkennung von

Gewerkschaften, die rechtliche Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse sowie die wahrhaft „revolutionierenden" Folgen der Prosperitätsphase für die Klassenlage der Arbeitenden (Fahrstuhleffekt, Individualisierung, „Abschied von der Proletarität", vgl. Mooser 1984,224ff) ein Wiedererstehen des „proletarischen Lagers" untergraben.

Auch die Krise des Fordismus mit hoher Dauerarbeitslosigkeit hat keine nachhaltige Wiederbelebung von Arbeiterbewegungstraditionen gestiftet — trotz einzelner Widerstands- und Protestaktionen. Gerade in der Bundesrepublik hat die Arbeiterschaft besonders wenig zur Krise des Fordismus im Sinne des Operaismus (Rieland 1977) beigetragen. Nach einer Konfrontationsphase erscheint die Gewerkschaftslinke heute als Kostgängerin der neuen sozialen Bewegungen. Aus der Perspektive der Regulationstheorie basiert der „Fordismus" gerade auf einer Einbindung der Lohnarbeit und der Anerkennung ihrer Vertretung im Betrieb und ausserhalb. Das sozialdemokratische Zeitalter stellt keinen „Klassenverrat", sondern eine historische Option mit deutlichen Habenseiten dar. Weder ist es die „Kapitallogik", die zu immer neuen Stadien kapitalistischer Entwicklung treibt, noch stehen sich Arbeiterbewegung und Kapital wie zwei unvereinbare „Logiken" gegenüber — „historische Kompromisse" sind möglich, so das Fazit von Lipietz' Auseinandersetzung mit der historischen Arbeiterbewegung (1985a).

2. Die Kultur- und Konsumkritik des antiautoritären Protests der 60er Jahre gewinnt ihre Themen aus der Entfaltung, Verallgemeinerung und normativen Kraft des fordistischen Kompromisses, der „modernen Art" zu leben und zu arbeiten. An den Reibungsflächen zwischen Leistungsprinzip und Konsumlust entzünden sich Verweigerungsmotive und Widerständigkeiten. Leistungsmoral, Familienorientierung und sexuelle Selbstdisziplinierung erhalten Kratzer; die Konsumkritik macht sich an geplanter Obsoleszenz und konsumkulturellen „musts" fest. Damit erhält die bis dahin unangefochtene kulturelle Hegemonie des fordistischen Projekts die ersten Risse (paradigmatisch für dieses kulturelle Unbehagen im neuen Wohlstand ist Marcuses Freud-Interpretation „Eros & Civilization", die zwar bereits 1955 veröffentlicht wurde, aber erst in den 60er Jahren breitere Resonanz findet).

3. In der Kapitalismuskritik der Neuen Linken werden zwar (meist die an den Rand gedrängten) Traditionen der Arbeiterbewegung wiederbelebt, gleichzeitig bricht sie an entscheidender Stelle mit der in den „Produktivitätspakt" eingebundenen alten Linken. In ihrer Kritik am Fetisch der vorgeblich „neutralen" Produktivkraftentwicklung, wodurch der fordistische Kompromiss — als Bedingung des Übergangs zum Sozialismus — auch von links unterstützt werden konnte (wie bei Gramsci, Otto Bauer etc.), nimmt sie Abschied von gradualistischen Transformationshoffnungen. Die ungeheure Produktivität des nachliberalen Kapitalismus tilgt einerseits jede radikale Opposition (Marcuses Diagnose einer „eindimensionalen Gesellschaft"); andererseits dauern im Innern und mehr noch an den Rändern menschenunwürdige Verhältnisse an — mit Aggression, Entfremdung, Kriegen in der „Dritten Welt". Die janusköpfige welfare/warfare-Gesellschaft „ohne Opposition" provoziert eine radikalere Version der Kapitalis-

muskritik. Ohne „Massenbasis“ und die Hoffnung auf eine Zuarbeit durch die weitere Entwicklung wird sie eigentümlich „utopisch“ und spontaneistisch“. Auf dem Höhepunkt der Revolte kann sie in revolutionärer Unmittelbarkeit das „Ende der Utopie“ verkünden, weil auf der Grundlage des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums im Prinzip alles möglich erscheint. Im Angesicht eines (noch) ungebrochen „funktionierenden“ Akkumulationsregimes heften sich bald alle Hoffnungen auf die kleinsten Krisenerscheinungen und gesellschaftlichen Aufbrüche (Randgruppenstrategien, Septemberstreiks von 1969, Arbeitsimmigranten, Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“). Gleichzeitig entstehen Gegenkulturen, die bewusst nicht „auf der Höhe der Zeit“ sein wollen.

4. Jenseits dieser fundamentaloppositionellen Strömungen werden durch die neuen sozialen Bewegungen die im fordistischen Kompromiss prekären Selbstverständlichkeiten, vernachlässigten Interessen und Folgelasten politisiert (die Technikbegeisterung angesichts der technologischen Destruktivkräfte, ökologische Belastungen, die autogerechte Zerstörung der Städte, Mobilitätszwänge und Infrastrukturdefizite, patriarchale Familienordnung und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bis zum neu erwachenden Internationalismus) — zunächst nahezu ohne ernsthafte Resonanz im politischen System, aber ermutigt durch das sozialliberale Reformklima.

5. Mit der „Fordismuskrise“ verändern sich die Rahmenbedingungen des Protests. Zunächst verbreitern sich Krisenerscheinungen in den verschiedenen Regulationsformen. Ökologische, feministische, technik- und kulturkritische Protestmotive sind nicht mehr die Sache von „radikalen Minderheiten“, sondern finden weitere Resonanz. Mit ihrer Veralltäglichung verlieren sie auch an Radikalität und utopischer Kraft, bilden ein pragmatisch gestimmtes Umfeld aus. Gleichzeitig drängen krisenbedingt erneut „alte“ Themen auf die Tagesordnung, denn die Prosperitätsressourcen sind exklusiver und unsicher geworden, dazu kommen Abstriche an den „fordistischen“ Errungenschaften (Vollbeschäftigung, Sozialstaat, wachstumsgarantierte Kompensations- und Verteilungschancen). In der ersten Krisenphase werden die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik zum Sündenbock für die Schwierigkeiten bei der Krisenbewältigung (Berufsverbotspraxis, Investitionsstau-Argumentation, „Modell Deutschland“-Ausgrenzung und die Gegenmobilisierung der Gewerkschaften in Sachen Anti-AKW-Protest). Diese Frontstellung schafft gleichzeitig den Anreiz wie den Zwang zur Ausbildung und Stabilisierung von Gegenkulturen.

6. In den 80er Jahren vollzieht sich ein erneuter Szenenwechsel. Angesagt ist die Suche nach neuen Regulationsformen, auch dort, wo die „Politik“ scheinbar abtritt. Die „Reformer“ aller Parteien und auf allen politischen Ebenen gehen daran, die Errungenschaften der Bewegungsmilieus durchzumustern. Selbsthilfe, prekäre aber selbstbestimmte Beschäftigungsverhältnisse, neue Lebensformen, neue soziale Dienste und die „Szene“ als kultureller Ort mit hoher Lebensqualität gehören nun vielerorts zu den Aktivposten von „unternehmerisch“ orientierten Stadtverwaltungen, die nach dem neuen Ambiente und den „endogenen“ Potentialen ihrer „High Tech“-Vi-

sionen suchen. Die „alten" Frontstellungen sind längst nicht zugeschüttet und leben gelegentlich intensiv auf (Volkszählungsboykott von 1987, Wakkersdorf). Aber breiter werdende Segmente in den Bewegungssektoren deuten sich auch selbst als Schubkräfte und Regulationsmodi für flexiblere kapitalistische Zukünfte. In der Konkurrenz um diesen Markt liegen bislang deutliche Vorteile und Erfolge bei „konservativen" Vordenkern (Geissler/ Fink-Flügel der CDU), aber auch die „rotgrünen" Ambitionen bei der SPD sind stärker geworden. Die rasche Karriere der Grünen von der Fundamentalopposition über die gesellschaftspolitische Ausgrenzung bis zur Innovationsreserve gewinnt vor dem regulationstheoretischen Hintergrund an Plausibilität. Es ist nicht einfach ein Bewegungszyklus vom Protest zur Institutionalisierung bzw. Anpassung, der diese Entwicklung plausibel macht. Sie wird vielmehr (auch) durch die spezifische „opportunity structure" befördert, die durch die Krise eines Akkumulationsregimes entstanden ist.

c. Neue soziale Bewegungen zwischen Marginalität und Gesellschaftsgestaltung

In regulationstheoretischer Perspektive sind die aktuellen sozialen Bewegungen vor allem im Hinblick auf ihren Beitrag zu den Regulationsformen und der Ausgestaltung eines neuen technisch-industriellen Paradigma bzw. eines neuen Akkumulationsregimes zu befragen. Dies sind deutlich anders und weiter gesteckte Perspektiven, als sie etwa im Kontext von neuen Klassenbildungsprozessen, der Verteidigung von Lebenswelten oder der Thematisierung von Risiken betrachtet werden. Regulationstheoretisch verfallen alle Modelle, die von einer gesicherten „anderen Logik" der Bewegungsopposition ausgehen, einer radikalen Kritik. Auch und gerade die neuen sozialen Bewegungen versprechen nicht den „Tigersprung" in eine nachkapitalistische Gesellschaft, sondern leisten bewusst oder unbewusst ihren Beitrag zur Herausbildung neuer kapitalistischer Regulationsformen. Eine erste ungesicherte Bilanz bleibt widersprüchlich.

Trotz der beschriebenen Veränderungen in den Bewegungsbereichen können wir nach wie vor in der Bundesrepublik mit einem starken, relativ eigenständigen Bewegungssektor rechnen, der eigene politische Vertretungen lokal bis zur Bundesebene ausgebildet hat. Ein für die Infrastruktur und Vernetzung der Bewegungsbereiche wichtiger Sektor von Alternativprojekten und selbstverwalteten Betrieben ist relativ stabil, ebenso zahlreiche übergreifende Institutionalisierungen (von der „taz" über die Selbsthilfe-Netzwerke bis zu den Öko-Instituten). Aber die Bewegungsmilieus dümpeln heute mehr in der „Latenz", sichtbare, öffentliche Aktionen sind seltener geworden. Die innere soziale und politische Heterogenisierung hat zu implosiven Auseinandersetzungen in der Szene geführt, Anpassungs- und Integrationstendenzen werden über die Professionalisierung in den Bewegungsprojekten beschleunigt (neue Selbständige, Leistungslohn in Alternativbetrieben etc.). Auch die Grünen erscheinen heute weniger denn je als die „endlich gefundene politische Form" zur Repräsentation der neuen sozialen

Bewegungen, sondern starke zentrifugale Tendenzen gepaart mit institutionellem Eigensinn (Strömungs- und Organisationspatriotismus) geben den Ton an, wobei der diagnostizierte Zustand der Bewegungen zum organisationspolitischen Alibi und nicht zur Aufgabe gerät.

Auf konzeptioneller Ebene finden wir viele kleine Alternativen, aber kein „gemeinsames Projekt", das sie bündelte und in eine „strategische" Ordnung brächte. Mit dem Niedergang der Neuen Linken ist auch das gemeinsame Band zwischen den einzelnen Bewegungen brüchiger geworden: ein vielstimmiger Chor ohne gemeinsame Melodie, aber mit einem libertären Grundton. Dies zeigt sich auch in der Programmdiskussion der Grünen. Dennoch gibt es analytisch auszuweisende Minima gemeinsamer Überzeugungen, die eine Alternative zu den vorherrschenden neoliberalen-produktivistischen Tendenzen ergeben:

— Politisierung der Produktion (gegen eine technologische Sachzwang-Argumentation) und grössere Selbstbestimmung der Produzenten am Arbeitsplatz, Technikwahl entlang ökologischer Kriterien,

— Erhalt und selektive Steigerung des Niveaus sozialer Sicherung bei gleichzeitigem Umbau des Sozialstaates (Grundsicherungsmodelle). Entfaltung neuer Formen sozialer Solidaritäten,

— Ausweitung (zumindest keine Einschränkung) politischer Einflusschancen und Ausgestaltung eines politischen Gemeinwesens (basisdemokratische Formen),

— Lockerung der Weltmarkteinbindung bzw. Ausstieg aus dem exportpolitischen Modernisierungswettlaufs (neue internationale Beziehungen) mit der Perspektive autozentrierter, auf Gleichberechtigung zielender Entwicklungspfade,

— Reduzierung der Lohnarbeitszeit zugunsten selbstbestimmter Arbeitsmöglichkeiten, „freier Zeit" und neuen Balancen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung (in diese Richtung gehen auch die Vorstellungen von Lipietz 1986).

Obwohl diese Alternativvorstellungen gesellschaftlich in den verschiedensten Institutionen und Vermittlungsformen wirksam sind, scheinen sie vor allem in einem Kernbereich eines neuen Akkumulationsmodells bislang nur geringen Einfluss zu entfalten. Bei der Neugestaltung der Produktion und des Lohnverhältnisses (neue Produktionskonzepte, flexible Spezialisierung, flexible Automatisierung etc.) haben vor allem die alten „fordistischen" Kontrahenten das Sagen, bei Schwächung der gewerkschaftlichen Seite. Dabei zeichnen sich einerseits paradoxe Effekte ab; Aufwertung der IG Chemie als Vertrauensgarant für die chemische Produktion angesichts verstärkter ökologischer Kritik. Andererseits gibt es aber auch Öffnungen für „qualitative" Politiken (Frauenpolitik in den Gewerkschaften, Arbeitszeitpolitik etc.).

d. weitere Aufgaben

Kritik der Subalternität: Aus regulationstheoretischer Sicht werden die

neuen sozialen Bewegungen in der wissenschaftlichen Debatte meist unter Wert und damit unter ihren Möglichkeiten gehandelt. Chancen, die nicht sichtbar werden, können auch nicht genutzt werden. Der Verlust an Alternative und die Ernüchterung über die Inklusionskraft des Kapitalismus ist *auch* Ergebnis einer bewegungsspezifischen Blickverengung und deren bewegungsforschender Verdoppelung.

Alternative Szenarios: Um die nicht-deterministischen Versprechungen des Regulationsansatzes zum Tragen zu bringen, genügt nicht die Kritik des Bestehenden (inklusive der Irrungen und Wirrungen der Bewegungsszenerie). Wenn die Diagnose einer offenen Übergangssituation mit bewegungspolitischen Einflusschancen stimmt, müssen dazu auch Anregungen aus der regulationstheoretischen Debatte kommen. Lipietz' Szenarien sind dazu immerhin ein Anstoss.

Radikaler Reformismus bzw. selbstbegrenzter Radikalismus: Der regulationstheoretische Blick auf die gegenwärtigen Oppositionsbewegungen ist unangenehm, stellt er doch auf die unvermeidliche „Zuarbeit" der Opposition zu neuen Regulationsweisen, neuen Kompromissformen und den dazu passenden kulturellen Mustern ab. Gleichzeitig erweitert sich auch das Feld der Optionen und Veränderungsmöglichkeiten. Selbst die radikalste Opposition ist nicht „ausserhalb", gerade heutzutage. Ohne Bewegungspolitik lassen sich jedoch keine Gestaltungschancen offen halten. Dies gilt selbst für die „Utopie der Null-Option" (Offe). Wie Politikformen aussehen können, die dieses Spannungsverhältnis produktiv werden lassen, ist allenfalls in Ansätzen zu erkennen (z.B. in Preuss' radikalisierter Fassung von Bürgerrechten im Kontext einer ökologischen Demokratietheorie — 1987). In all diesen Fragen steckt freilich auch die „Regulationsschule" noch in den Anfängen. Sie wird sie in ihr Arbeitsprogramm aufnehmen müssen, wenn die Ambitionen des Programms in politische Reichweite kommen sollen.

*

Dieser Text ist die vorläufige Fassung meines Referats, gehalten am Soziologen-Kongress vom 4. – 7.10.88 in Zürich

Literatur

Aglöietta, Michel,, 1976: Regulation et crises du capitalisme. l'experience des Etats-Unis, Paris.

Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt.

Becker, Uwe, 1988: Akkumulation, Regulation und Hegemonie. Logische Korrespondenz oder historische Konstellationen? Amsterdam, Ms.

Brand, Karl-Werner, (Hg.), 1935: Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/NY.

Boyer, Robert, 1986: La theorie de la regulation: une analyse critique, Paris.

Davis, Mike, 1978: ‚Fordiam' in crisis: a review of Michael Aglietta's Regulation et crises. In: Review, 2, 207-269.

Evers, Adalbert, Zoltan Szankay, 1981: Das gerissene Band — Überlegungen zum neueren Verhältnis von sozialem Wissen und sozialer Bewegung. In: Prokla 43, 43-59.

Heberle, Rudolf, 1967: Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart.

Hirsch, Joachim, 1988: Aspekte einer Reformulierung der Kapitalismustheorie: das Konzept der historischen kapitalistischen Formation, Ms.
Hirsch, Joachim/Roland Roth, 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg.
Hübner, Kurt, 1988: Crisis theory and regulation approach. In: Jessop, Bob (ed.): Accumulation, regulation, and the state, London.
Jessop, Bob, 1988: Postfordismus. Zur Rezeption der Regulationstheorie bei Hirsch. In: Das Argument 169, 380-389.
Kriesi, Hanspeter, 1988: A framework for the analysis of the political opportunity structures of new social movements, Ms.
Leborgne, Daniel/Alain Lipietz, 1987: New technologies, new modes of regulation: some spatial implications, Paris. CEPREMAP No.87.
Leggewie, Claus, 1985: Propheten ohne Macht. Die neuen sozialen Bewegungen in Frankreich zwischen Resignation und Selbstbestimmung. In: Brand (Hg.). 83-139.
Lippietz, Alain, 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der ‚Regulation'. In: Prokla 58, 109-137.
ders., 1985a: Trois crises. Metamorphoses du capitalisme et mouvement ouvrier, Paris, CEPREMAP No. 8528.
ders., 1986: Les conditions de la construction d?un mouvement alternatif en France, Ms.
ders., 1987: An alternative design for the twenty first century, Paris. CEPREMAP No. 8738.
ders., 1987: La regulation: les mots et les choses. In: Revue economique. 5, 1049-1060.
Mohnkopf, Birgit, 1988: Soziale Grenzen „fordistischer Regulation". Eine soziologische Kritik der „ecole de la regulation", in: B. Mohnkopf (Hg.) Der gewendete Kapitalismus, Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster, 99-143.
Mooser, Josef, 1984: Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Frankfurt.
Noel, Alain, 1987: Accumulation, regulation and social change an essay on French political economy. In: International Organization 41, 2, 303-333.
Pirker, Theo, 1984: Vom ‚Ende der Arbeiterbewegung'. In: Ebbighausen, Rolf/Friedrich Tiemann (Hg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen, 39-51.
Preuss, Ulrich., 1987: Die Zukunft der Demokratie. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Jahrbuch 1986, Sensbachtal. 146-160.
Raschke, Joachim, 1987: Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth, Roland/Dieter Rucht (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/NY, 19-29.
Rieland, Wolfgang, 1977: Organisation und Autonomie, Frankfurt.
Roobeck, Annemieke J.M., 1987: The crisis in fordism and the rise of a new technological paradigm. In: Futures, April, 129-154.
Roth, Roland, 1986: Entgrenzung von Politik? Zur Bilanzierung der institutionellen Effekte der neuen sozialen Bewegungen, Ms.
ders., 1988a: Fordismus und neue soziale Bewegungen. Gesellslchaftliche Entwicklungsphasen als theoretischer Bezugsrahmen für die Analyse sozialer Bewegungen. In: Wasmuth, Ulrike C. (Hg.): Alternative zur ‚alten' Politik. Neue soziale Bewegungen in der Diskussion. Darmstadt, 13-37.
Stöss, Richard, 1984: Vom Mythos der ‚neuen sozialen Bewegungen". Neun Thesen und ein Exkurs zum Elend der NSB-Forschung. In: Falter, Jürgen et al. (Hg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen, 548-565.
Thompson, E.P., 1980: Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt/NY.
Touraine, Alain, 1984: Le retour de l'acteur, Paris.